

Spital Wallis könnte zum grossen FIGI-Profiteur werden

Das Spital Wallis steckt in finanziellen Schwierigkeiten. Und obwohl der zuständige Staatsrat Mathias Reynard betont, dass das Spital Wallis selber verantwortlich ist, das finanzielle Gleichgewicht wieder herzustellen, wird der Kanton in die Bresche springen müssen.

Monika Bregy

Es ist bekannt: Das Spital Wallis muss sparen. Die grosse Frage lautet: Wie? Ein Expertenbericht zeigt nun Lösungen auf. Klar ist, dass auf verschiedenen Ebenen gehandelt werden muss. Und zwar dringlich: Das Spital Wallis wies für das Geschäftsjahr 2023 einen Verlust von 11,3 Millionen Franken aus. Im Spitalzentrum Oberwallis (SZO) betrug das Minus 200'000 Franken.

Staatsrat und Gesundheitsminister Mathias Reynard (SP) beauftragte die externe Firma «Paianet plus» damit, die finanzielle Situation des Spital Wallis zu analysieren und Massnahmen aufzuzeigen, wie das finanzielle Gleichgewicht wiederhergestellt werden kann. Ausserdem verlangte der Staatsrat eine Analyse über die Finanzierbarkeit der Investitionen des Spital Wallis – dies, weil das Spital Wallis um finanzielle Unterstützung durch den Kanton ersucht hatte.

Am Mittwochmorgen präsentierte Staatsrat Reynard und Stefan Stefaniak, Direktor von «Paianet plus», gemeinsam die Ergebnisse des Berichts. Heute gehe es dem Spital Wallis, insbesondere im Vergleich mit anderen Spitälern dieser Grössenordnung, gar nicht so schlecht, sagte Stefaniak. Es sei aber wichtig, nicht nur die heutige Situation zu betrachten, sondern, wie sie sich in den nächsten Jahren entwickeln wird. «Und da sehen wir, dass die Situation riskant ist.»

Spital Wallis bald Mieter in Kantonsimmobilie?

Das Spital Wallis sei eigent-



Der Walliser Gesundheitsvorsteher Mathias Reynard (SP, links) und Stefan Stefaniak von «Paianet plus» standen am Mittwoch der Presse Rede und Antwort. Bild: pomona.media

lich vorbildlich, denn im Unterschied zu anderen Kantonen habe man regelmässig in einen eigenen Investitionsfonds einbezahlt, sagte Reynard. An der schlechten Finanzlage ändert das aber wenig. Die aktuell 187 Millionen Franken im Investitionsfonds des Spital Wallis reichen bei Weitem nicht. Doch die Spitäler von Brig und Sitten sind mitten im Bau. Die Verantwortlichen müssen dabei markante Preissteigerungen und Mehrkosten feststellen. Bereits heute ist klar, dass der eigene Investitionsfonds nicht ausreichen wird, um alle geplanten Investitionen zu finanzieren.

Ein Lösungsansatz des Finanzexperten Stefaniak ist die Nutzung des Fonds zur Finanzierung der Investitionen und der Geschäftsführung von staat-

lichen Immobilien (FIGI). Erst in der vergangenen Grossratssession erfuhr dieser eine Aufstockung in der Höhe von 300 Millionen Franken. Bisher lag der festgelegte Höchstbetrag für Darlehen bei 500 Millionen Franken. Nun sollen, so Stefaniaks Vorschlag, die Immobilien des Spital Wallis in den FIGI-Fonds überführt werden. Diese Möglichkeit wird jetzt von einer Arbeitsgruppe untersucht, deren erste Schlussfolgerungen Ende 2024 erwartet werden.

In den Schlussfolgerungen der Expertise von Stefaniak wird die mögliche Übertragung der Spitalinfrastrukturen in den FIGI-Fonds als die «vielversprechendste Lösung» beschrieben. In der Konsequenz gingen die Infrastrukturen in den Besitz des Kantons über, der dem Spital

Wallis Miete berechnet. Mittelfristig würde dies die Liquidität des Spital Wallis erhöhen.

Falscher Zeitpunkt für die Zentralisierung

Weiter müsse man sich Gedanken über die Verweildauer machen, so Stefaniak. Heute verweilen Patienten im Schnitt rund 1,2 Tage länger im Spital, als finanziell gedeckt. Das Sparpotenzial läge bei «relativ grossen Millionenbeträgen», so Stefaniak.

«Wir setzen Sparmassnahmen um, die wirken», sagt Pascal Strupler, Verwaltungsratspräsident des Spital Wallis. Auf die Teuerung und die Zinssteigerung habe man keinen Einfluss. «Die Sparmassnahmen hören da auf, wo die Patientensicherheit gefährdet ist», unterstrich Strupler. Zentral bleibe «das Be-

dürfnis der Walliser Bevölkerung nach guter medizinischer Versorgung im Spital».

Weiter spricht Stefan Stefaniak organisationelle, strukturelle Massnahmen an, wie etwa die Organisation der Fachbereiche. Die 42 einzelnen Abteilungen des Spitalzentrums Unterwallis seien schwierig, effektiv zu verwalten und zu überwachen.

Eine Zentralisierung der Tätigkeiten, wie sie 2014 angedacht und im Oberwallis mit der Zusammenlegung der Spitäler Visp und Brig am Standort Brig bereits umgesetzt wird, ist im Unterwallis zurzeit aber noch kein Thema. Man habe das nicht vergessen, sagt Stefaniak. Es brauche jetzt aber rasch umsetzbare Lösungen und die Schliessung von Spitälern sei keine. «Es ist der falsche Zeitpunkt.»

Dem pflichtet Verwaltungsratspräsident Strupler bei: «Es ist im Moment die falsche Debatte.» Wer die Standorte schliessen will, muss auch die Frage beantworten können, wo man die Patienten unterbringen soll.

Strupler sagte, dass man bereits Effizienzmassnahmen lanciert habe: «Der Verwaltungsrat hat eine Krisenzelle aufgestellt, in der die Massnahmen besprochen und umgesetzt werden. Zusätzlich wurde ein striktes Monitoring auf die Beine gestellt, mit welchem die Resultate der Massnahmen überwacht werden, damit wir dem Kanton Bericht erstatten können.»

Staatsrat Reynard betonte, die Situation sehr genau zu verfolgen. Er forderte, jedes Quartal über den aktuellen Stand der Umsetzung der Massnahmen zu informieren.

Reynard seinerseits versicherte, dass er in regem Kontakt sei, einerseits mit den Walliser National- und Ständeräten, aber auch mit der zuständigen Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider. «Es kämpfen alle Kantone mit denselben Problemen», so der Gesundheitsminister.

Aufgabe des Staatsrats sei, Hilfestellung zu bieten. Denn: «Grundsätzlich ist das Spital Wallis selbst für seine finanzielle Situation verantwortlich», sagte Reynard klar. Mit dem Finanzexperten habe man eine Hilfe angeboten. Jetzt gehe es darum, diese Ratschläge zu evaluieren und umzusetzen.

Kein Röstigraben, aber ein gemeinsames Ziel

Dass sich früher oder später eine Art Gesundheits-Mini-Röstigraben zwischen dem Ober- und dem Unterwallis auftut, glaubt Departementsvorsteher Reynard nicht: «Wir sind ein Kanton. Wir brauchen den Vergleich, wer besser ist, nicht.»

Und zu ebendiesem Schluss kommt auch die Expertise: Es brauche die Definition eines gemeinsamen Ziels für das gesamte Spital Wallis. Die positive Energie und Motivation der Führungskräfte und Mitarbeitenden sollten in eine gemeinsame Richtung gelenkt werden.

Nach der Präsentation des Berichts ist klar: Das Spital Wallis muss sparen. Und die Spitalneubauten werden ohne FIGI-Fonds einen schweren Stand haben. Reynard bleibt gefordert. Und Strupler muss handeln.

Kanton soll Spital retten – das sagen unsere Politiker dazu

Der FIGI-Fonds soll Kosten des Spital Wallis übernehmen. Der Vorschlag stösst nicht bei allen Politikern auf Begeisterung.

Mauro Pfammatter und Armin Bregy

Das Spital Wallis schreibt rote Zahlen. Und muss sparen. Dafür hat der Kanton einen Experten mandatiert. Dessen Auftrag war es, die finanzielle Situation und die Finanzierungskapazität des Spital Wallis zu analysieren.

Eine der Schlussfolgerungen: Immobilien des Spital Wallis sollen in den Fonds zur Finanzierung der Investitionen und der Geschäftsführung staatlicher Immobilien (FIGI) übertragen werden.

Claudia Alpiger (SPO): Massnahme begrüsst

«Die SPO begrüsst die Massnahmen des Kantons. Wir unterstützen die Nutzung des FIGI-Fonds zur Finanzierung der Investitionen des Spital Wallis», sagt Claudia Alpiger von den Oberwalliser Sozialdemokraten (SPO). Auch eine allfällige Übertragung der Spitalinfrastrukturen in den FIGI-Fonds beurteilt die Par-

tei positiv. «Aufgrund der Kostenüberschreitungen insbesondere im SZO finden wir die Idee gut, die Infrastrukturprojekte in die Hände des Kantons zu legen. Die SPO verlangt vom Kanton und vom Spital weiterhin, dass nicht die Angestellten und Patienten des Spitals die Finanzprobleme ausbaden müssen.»

Martin Kalbermatter (neo): Aufwandsseite optimieren

«Das Spital Wallis wird die Investitionen aus eigener Kraft kaum stemmen können. Die Übertragung der Spitalinfrastruktur in den FIGI-Fonds ist ein gangbarer Weg, der vertieft abgeklärt werden muss. Neben der Investitionsrechnung ist aber auch die Betriebsrechnung in Schieflage. Auch hier müssen Optimierungen auf der Aufwandsseite vorgenommen werden, um künftig eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren. Aus unserer Sicht ist vor allem die Anzahl Standorte sowie die ange-

botenen Leistungen an diesen so anzupassen, dass eine optimale und flächendeckende Gesundheitsversorgung im stationären Bereich sichergestellt ist. Regionalpolitische Interessen müssen zugunsten einer auch künftig finanzierbaren Gesundheitsversorgung zurückgestellt werden.»

Aron Pfammatter (Mitte): Kanton zahlt ohnehin

«Schlussendlich muss der Kanton ohnehin einspringen. Die Frage ist bloss, welche Tasche des Kantons bezahlt. Die teuerungsbedingten Mehrkosten verschwinden nicht einfach. Der FIGI-Fonds steht weniger unter parlamentarischer Kontrolle. Für das Gesundheitswesen ist die Frage aber nicht entscheidend. Entscheidend sind die Tarifverhandlungen mit den Krankenversicherern.»

Gerold Baudinot (FDP): Keine Schnellschüsse

«Unsere Fraktion hat in der Juni-Session der Aufstockung des

FIGI-Fonds zugestimmt, aber unter der Bedingung, dass die Gelder für die 13 vom Staatsrat priorisierten Projekte eingesetzt werden. Der FIGI-Fonds sollte selbsttragend sein. Dass nun nach der Aufstockung der Fonds auch für das Spital Wallis eingesetzt werden soll, unterstützen wir nicht. Wir verweisen auf das Postulat von Julien Dubuis vom November 2023, in dem gefordert wird, eine Studie zur nachhaltigen Verbesserung der Situation des Spital Wallis durchzuführen. Dann braucht es eine Diskussion im Parlament und keine Schnellschüsse.»

Christian Gasser (SVPO): Nur kurzfristige Entlastung

«Die SVPO hat bereits in der Juni-Session die Effizienz des Spital Wallis infrage gestellt. Die Überführung der Immobilien in den FIGI-Fonds ist nur einer der Vorschläge im Bericht. Mir ist bewusst, dass dieser Vorschlag von vielen als Allheilmittel angesehen werden wird. Ich bin da skeptisch; zu welchem Preis gehen die Immobilien an den Staat? Wie hoch ist die Mietbelastung? Wie sieht der Sanierungsbedarf der Liegenschaften aus, was bedeutet das für das Kantonsbudget? Wir müssen das Ergebnis der Arbeitsgruppe abwarten – unter Umständen könnte der Vorschlag ein Schuss nach hinten sein. Fakt ist, wenn die Prozesse nicht stimmen und in den Spitälern schlecht gewirtschaftet wird, bringt auch die Überführung der Immobilien nur eine kurzfristige finanzielle Entlastung. Unsere Fraktion will, dass die Prozesse im Spital Wallis analysiert und optimiert werden. Es kann nicht sein, dass das Oberwalliser Spital bis zu diesem Jahr immer schwarze Zahlen schrieb und im Unterwallis regelmässig Verluste resultierten.»

Finanzminister Roberto Schmidt bleibt vorsichtig

Der Walliser Finanzminister Roberto Schmidt (neo) nimmt

den Vorschlag des Finanzexperten zur Kenntnis. Jedoch ohne grosse Euphorie. Persönlich sei er überzeugt, dass das Spital Wallis längerfristig seine Immobilien wohl nicht mehr selbst finanzieren könne, obwohl das Spital nach Gesetz verpflichtet sei, seine Infrastruktur selbst zu bauen und zu finanzieren. «Darum müssen wohl wir auch seitens des Kantons alle Möglichkeiten zur Lösung des Problems in Zusammenarbeit mit dem Spital in Betracht ziehen», sagt Schmidt. Eine der Möglichkeiten sei in der Tat die Übernahme der neuen Spitalgebäude durch den Fonds FIGI, was allerdings seitens des Kantons grosse Investitionen erfordern würde. Staatsrat Schmidt bleibt vorsichtig – und sagt: «Finanzpolitisch erfordert dies noch eingehende Abklärungen.»

Die Grünen konnten am Mittwoch die Anfrage nicht beantworten.